

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Der Volksfreund. 1901-1932 1932**

233 (7.10.1932)

# Volksfreund



TAGESZEITUNG FÜR DAS WERKTÄTIGE MITTELBADENS

Anzeigenpreise Die 10spaltige Millimeterzeile kostet 12 Pfennig. Gelegenheitsanzeigen und Stellenangebote 8 Pfennig. Die Resten-Millimeterzeile 60 Pfennig o. bei Wiederholung Rabatt nach Tarif, der bei Nichterhaltung des Jahrspreises, bei gerichtlicher Betreibung und bei Auswärts ausser Kraft tritt o. Gefälligst an: Werbefachmann 10 Karlsruher Str. o. Schickel der Anzeigen-Anstalt 8 Uhr vormittags

Untere wöchentlichen Beilagen: Heimat und Wand, Unterhaltung, Wissen, Kunst / Sozialistisches Jungvolk, Die Musikstunde / Sport und Spiel / Die Welt der Frau

Preis monatlich 1,82 Mark, vierteljährlich 5,46 Mark o. Obere Jahressumme 1,80 Mark o. Druck der Post 2,36 Mark o. Einschreibefond 10 Pfennig o. Gr. wöchentlich vormittags 11 Uhr o. Postfachkonto 2650 Karlsruhe o. Geschäftsstelle - Adressen: Karlsruhe i. B., Waldstraße 28 o. Zentral 7020/7021 o. Volksfreund-Mitteilungen, Druck: Poststr. 9 B., Robert Taubhausstr. 12; Rahlfeld, Reinfeld, 2; Offenburg, Reinfeldstr. 8

Nummer 233

Karlsruhe, Freitag, den 7. Oktober 1932

52. Jahrgang

## Naziangst vor Reichstagswahlen

Neue Terrorwelle - Um die Reichstagswahl zu verhindern - Die Reichsregierung läßt warnen

Die Naziführer fürchten ihre Niederlage am 6. November

Breslau, 6. Okt. (Eig. Draht.) In der schlesischen Hauptstadt hat seit einigen Tagen abermals eine **Satzenkreuzwelle** eingesetzt. Den Auftakt zu den neuen Verbrechen der SA-Strolche bilden die brutalen Überfälle, denen am Dienstagabend mehrere Reichsbannerjugendmänner zum Opfer fielen. Die führenden Naziführer scheinen die Absicht zu haben, mit Hilfe besonderer Trupps die übrigen politischen Organisationen und Parteien ganz systematisch unter Terror zu setzen. Schlägereien und Überfälle sind in Breslau seit 48 Stunden wieder einmal an der Tagesordnung. Wie die Hitler-Kommandos zu Werke gehen, zeigt nachstehender Bericht der Pressestelle des Breslauer Polizeipräsidiums, der am Donnerstag mittag der Presse zugeleitet wurde:

Am Mittwoch nachmittags zogen etwa 40 uniformierte SA-Leute vom Königsplatz ins Innere der Stadt. Am Ring wurde ein Zeitungsverkäufer von ihnen belästigt. Die SA-Leute rissen dem Verkäufer die Parteizettel ab. Sodann marschierte der Trupp in die Taschenstraße. Dort entrieffen die SA-Leute einem Radfahrer einen Helm. In der Taschenstraße wurde ein Mann mit mehreren Schlägen ins Gesicht. Derselbe Trupp fiel ein wenig später in der Gartenstraße über einen Passanten her und entrieff ihm ebenfalls ein Abzeichen der Eisernen Front. Ferner entwendeten die SA-Leute ihm eine Aktentasche, in der sich ein Sporttaschenbuch und andere Gegenstände befanden. In der Gartenstraße wurde ein Zeitungsverkäufer der schwarzen Front überfallen. Die SA-Leute entrieffen dem Verkäufer Zeitungen, Koppel, Mütze und Abzeichen. In der Robertstraße schloß sich ein von einem anderen Trupp von SA-Leuten beobachteter Angehöriger der Eisernen Front in einen Kaffeehaus. Die SA-Leute verfolgten den Mann und mißhandelten ihn. Ein anderer Passant, der der KPD nahesteht, wurde vor dem SA-Trupp in das Installationsgeschäft seiner Eltern. Hierauf drang ein Teil der SA-Leute in das Geschäft ein und mißhandelte den gleichfalls der KPD nahestehenden Inhaber mit harten Gegenständen. In der Nacht zum Donnerstag gegen Mitternacht wurde ein Stahlhelmmann unweit des Braunes Hauses an der Neuenfelder Straße belästigt. Der Stahlhelmmann, dem das Abzeichen entrieffen wurde, setzte sich zur Wehr. Hierauf schlug man ihm ins Gesicht.

Die Erbitterung der Breslauer Bevölkerung über das Auftreten des organisierten Satzenkreuzverbrechens ist außerordentlich groß. Deshalb wird mit ernstlichen Zusammenstößen gerechnet, wenn sich die aufständigen Polizeistellen nicht baldmöglichst entschließen wollen, dem Nazijunkel auf den Straßen der schlesischen Hauptstadt rücksichtslos ein Ende zu bereiten.

Sambura, 6. Okt. (Eig. Draht.) Am Mittwochabend kam es in dem Samburger Stadtteil **Hammerbrook** zu einem rachsüchtigen Überfall auf einen sozialdemokratischen Distriktsführer. Die Nazis hatten den ganzen Abend schon in Hammerbrook Terror ausgeübt. Als der Distriktsführer Böge mit zwei Parteifreunden an der Ecke Spalbinstraße und Heidenstrasseweg standen, wurden sie plötzlich von 14 Nazis angegriffen und mit Gummiknüppeln, Schlagringen, Koppelknöpfen und anderen festen Gegenständen in brutalster Weise niedergeschlagen. Böge wurde von seinen Freunden getrennt und sollte von der Nordhand über das Brückengeländer in den Kanal geworfen werden, obwohl er bereits halb bewußlos am Boden lag. Erst dem Eingreifen von Passanten war es zu verdanken, daß die ungeheuerliche Tat nicht vollbracht wurde. Mit sichtbaren Verletzungen im Gesicht, an Kopf, Armen und Rücken wurde Böge zur Polizeiwache getragen. Die Verfolgung der Täter durch eine Polizeistreife verlief leider ergebnislos.

### Saalschlacht zwischen Harzburger

Berlin, 6. Okt. (Eig. Draht.) Die Nationalsozialisten haben in Berlin die Sprengung **deutschnationaler** Versammlungen organisiert. Am Mittwochabend wurden in einer Reihe von deutschnationalen Versammlungen gewalttätige Störungsversuche durch Nationalsozialisten unternommen. Am Donnerstag bezeichnete der nationalsozialistische Angriff die deutschnationalen Versammlungen als provokatorische Behauptung, die polizeilich verboten werden müßten. Nach diesem Vorspiel fand am Donnerstagabend in einem der größten Säle von Berlin-Neukölln, in der Neuen Welt, eine deutschnationale Versammlung statt, in der der frühere Reichspräsident des Reichstags, Graef, sprechen sollte. Diese Versammlung wurde gleich nach der Eröffnung zu der wilden Saalschlacht, die Berlin bis jetzt erlebt hat. Graef konnte nur wenige Sätze sprechen, dann flogen Hunderte von Stühlen durch die Luft, die Tische wurden umgestürzt, und es wurde mit Gläsern und Stuhlbeinen geschlagen, so daß der Saal ein wildes Durcheinander bildete. Die Polizei, die mit

starken Kräften einschritt, warf die Nationalsozialisten aus dem Saal heraus. Auf der Straße entspann sich dann ein wildes Handgemenge zwischen Polizei und Nationalsozialisten. Der herannahende Jahrestag von Harzburg wird jedenfalls von den Harzburger Bundesgenossen würdig gefeiert!

### Die Regierung warnt...

Die Terrorgruppen der Nazis

Das Conti-Nachrichten-Büro teilt mit:  
In politischen Kreisen führt man die sich häufenden Verbrechen der Terrorgruppen der Nazis auf nationalsozialistische Terrorgruppen zurück, deren Gründung man dem Uba. Goebbels in erster Linie zuschreibt. Um die Zugehörigkeit dieser Leute zu feststellen, läßt man sie aus der Partei austreten, um diese durch die von ihnen unternommenen Aktionen nicht zu kompromittieren. Die Arbeit dieser Störungsgruppen richtet sich in erster Linie gegen Personen und Organisationen, die der NSDAP besonders unangenehm sind. Es wird dabei vor allem auf die regelmäßigen Störungen von Versammlungen der Reichsvereine hingewiesen, aber auch auf Überfälle, denen einzelne Personen ausgesetzt gewesen sind. In nationalsozialistischen Kreisen erklärt man dazu ganz offen, daß man durch diese Terrorakte die Öffentlichkeit einschüchtern, Unruhen herbeiführen und so die Regierung zum Eingreifen zwingen will. Erst dann, wenn der Wahlkampf lebhafter im Gange sei,

würden die Terrorgruppen ihre volle Tätigkeit aufnehmen. Der Eindruck sei, durch solche fortgesetzte Störung der öffentlichen Ruhe und Ordnung die Wahlen zum Reichstag zu verhindern. Von unterrichteter Seite hören wir, daß die Regierung keineswegs gewillt ist, sich dem Terror einzelner Parteien und ihrer Organe zu beugen. Vielmehr wird darauf aufmerksam gemacht, daß die Notverordnung mit ihren schweren Strafen noch in Kraft ist und unmissverständlich angewendet werden wird.

### SA wirbt für die Wahl

25 Mitglieder des Berliner SA-Sturms 14 drangen mit Nachschlüssel in eine Charlottenburger Wohnung ein und schlugen hier den 18jährigen Sohn Hans Heinz des verstorbenen Generalmajors von Bellmond mit Bierflaschen nieder. Leute, die dem Opfer der Nazis zu Hilfe kommen wollten, wurden mit Revolvern bedroht. Der junge von Bellmond erlitt erhebliche Verletzungen.  
Allem Anschein nach liegt ein Racheakt vor. Hans Heinz von Bellmond gehörte drei Monate lang dem „SA 14“ an. In dieser Zeit lernte er seine Kameraden zur Genüge kennen. Von dem Augenblick an, als er sich gegen die Terrormethoden der Nationalsozialisten gewandt und als der Bewegung unwürdig erklärt hatte, richtete sich der ganze Haß der Horde gegen ihn. Vor wenigen Tagen trat er aus der SA aus. Deshalb schlug man ihn nieder, deshalb mißhandelte man ihn. Er ist noch immer nicht vernehmungsfähig.

## Die Zügel schleifen

Zur Schlichterkonferenz

Am Mittwoch fand im Reichsarbeitsministerium die **Saatschlichterkonferenz** statt, die der Reichsarbeitsminister zur Beratung über die Auswirkung der Lohnnotverordnung einberufen hatte. Die Schlichter berichteten, wie von maßgebender Stelle mitgeteilt wird, dem Minister über ihre Erfahrungen bei der Durchführung der Verordnung zur Vermehrung und Erhaltung der Arbeitsbeschäftigung. Die allgemeine Meinung, so wird in der offiziellen Berichterstattung betont, sei, daß die stellenweise sich ergebenden Schwierigkeiten, die übrigens von der Öffentlichkeit übertrieben würden, keinen Anlaß böten, an der Verordnung oder an den Weisungen, die bisher den Schlichtern erteilt worden seien, etwas zu ändern. Da jetzt auch die Anwartschaft auf die Beschäftigungsräume wirksam geworden sei, werde von den Schlichtern mit zahlreichen Neueinstellungen von Arbeitern für die nächste Zeit gerechnet.

So vertrauensselig, wie die Schlichterkonferenz der Öffentlichkeit vom Reichsarbeitsministerium geschildert wird, ist die Öffentlichkeit nicht. Zahlreiche Neueinstellungen werden erwartet? In einem Augenblick, wo irrsinnige Wirtschaftspolitik drauf und dran ist, den Rest des deutschen Exportes völlig zu vernichten, wo das Ausland mit schärfsten Repressalien auf die deutsche Kontingentpolitik antwortet? Die Gewerkschaften brauchen der Regierung ihr Arbeitsbeschäftigungsprogramm wirklich nicht totzuschlagen. Sie schlägt es mit ihrer Wirtschaftspolitik und mit ihrer Lohnnotverordnung selber tot.

Die Schlichterkonferenz hätte dem Reichsarbeitsministerium eine Gelegenheit sein müssen, mit den Gewerkschaften wieder in Fühlung zu kommen. Statt dessen wird erklärt, es bestehe kein Anlaß, an der Verordnung etwas zu ändern. Neues Mißtrauen wird gezeugt und das Ziel nicht erreicht. Der Widerstand der Arbeiter gegen

Verwaltungsversuche in der Lohnregelung hat die Scharfmacher während gemacht. „Der Feind steht links.“

Die Vernichtung des Marxismus soll in erster Linie durch die Zerschlagung der Existenzbasis der Gewerkschaften herbeigeführt werden. Darüber hat der Führer der sächsischen Industriellen, Herr Wittke, wie die neue Solgarbeiterzeitung mitteilt, im Zusammenhang mit einer Besprechung der Lohnabbauperordnung der Reichsregierung allerhand ausgesprochen. Herr Wittke schreibt (in Nr. 38/1932 der Sächsischen Industrie):

„Es bleibt noch zu erwägen, ob die Regierung nicht durch Notverordnung den Gewerkschaften untersteht, von Arbeitern, Angehörigen, die mit Arbeitslosigkeit zu kämpfen, also mit arbeitslosen Männern, arbeiten, die Mitgliederbeiträge zu erheben. Ob die Gewerkschaften Schäden dabei erleiden, ob sie ihren Verwaltungsapparat abzubauen müssen, ist gleichgültig.“

Man fordert also, daß den Gewerkschaften geistlich verboten wird, Mitgliederbeiträge zu erheben, damit die Röhre noch mehr leer werden können. Das sind keineswegs Hirngespinnste ganz wild gewordener Scharfmacher. Ein Monatsgehalt von 90 Mark nach 10 Jahren Berufstätigkeit für einen Angestellten - das ist ungefähr die Basis, auf der die Unternehmer, die nicht gleich den Tarifvertrag zum alten Eisen werfen, künstlich Tarifverträge abschließen wollen.

Der Überwitz der Scharfmacher ist schon so toll geworden, daß durchaus ernste Leute der Meinung sind, das Reichsarbeitsministerium müsse amangelaufen schon deswegen wieder zur Verbindlichkeitserklärung kommen, weil das Pendel so weit nach rechts geklungen sei, daß selbst ein Arbeitsministerium eines Kabinetts der Barone sich eines Tages noch auf die Seite der Arbeiter stellen müsse, wenn es nicht ein Verbrechen an Deutschland begehen wolle.

### Abbruch deutsch-französischer Handelsvertragsverhandlungen

Zimmer weitere Antarkie-Konflikte

Paris, 6. Okt. (Eig. Draht.) Nach einer Genfer Meldung des Paris Corré sind die offiziellen Verhandlungen zwischen Ministerialdirektor Poise (Deutschland) und Ministerialdirektor Ebel (Frankreich) über die Revision des deutsch-französischen Handelsvertrags abgebrochen worden. Die einzige Unterredung, die die beiden Herren gehabt haben, hatte zu keinem Ergebnis geführt, denn Ebel habe erklärt, daß die französische Regierung eine völlige Revision des Vertrags ins Auge fasse und nicht nur eine teilweise Anpassung verhandelbarer Tarife an die gegenwärtige Wirtschaftslage. Poise habe daraufhin erklärt, daß er unter diesen Umständen nicht ermächtigt sei, weiter zu verhandeln.

### Die Minderheitenfrage

Genf, 6. Okt. In der Politischen Kommission der Völkerbundversammlung sprach heute bei Behandlung der **Minderheitenfrage** der deutsche Vertreter, Gesandter v. Rosenbera, über dieses Thema. Er bemängelte die zu langsame Erledigung der einzelnen an den Völkerbund gelangenden Streitfragen in der Minderheitenangelegenheit, trat für mehr öffentliche Behandlung der einzelnen Streitfragen ein und schlug vor, einen künftigen Ausschuss von Persönlichkeiten zu bilden, die, von den Regierungen unabhängig, jeden einzelnen Streitfall genau prüfen sollten. Zum Schluß erklärte v. Rosenbera, nur bei einer wirksamen Garantie des Minderheitenschutzes durch den Völkerbund könne die sich gegenwärtig vollziehende große politische Auseinandersetzung über das Verhältnis zwischen Staat und Volk in ruhigen und gedeihlichen Bahnen verlaufen.

# Tagesschau

Der Deutsche Industrie- und Handelsstag erklärt in einer Entschließung, es seien wichtige Änderungen der Reichsbankgesetzgebung unerlässlich notwendig geworden, namentlich eine enge Zusammenfassung der Reichsgewalt und der preussischen Staatsgewalt sowie eine organische Gestaltung des Verhältnisses der Reichsgewalt zu den neben Preußen weiterhin bestehenden Ländern.

Berlin, 6. Okt. Auf Grund der letzten Notverordnung erfolgt gegenwärtig eine Nachprüfung der Spitzengehälter im öffentlichen Dienst.

Moskau, 6. Okt. Nach Blättermeldungen wurden die sowjetischen Botschafter in England und Italien auf ihre Bitte von ihren Posten abberufen und durch andere ersetzt.

Berlin, 6. Okt. Wie das CNB-Büro erfährt, hat der englische Geschäftsträger dem Auswärtigen Amt erneut einen Besuch abgestattet. Die Besprechungen drehten sich um die Frage der Londoner Konferenz.

London, 6. Okt. Der Kongress der englischen Arbeiterpartei hat einstimmig einen Beschluss angenommen, der sofortige Verhandlungen für die endgültige Aufhebung der Schulden und die Unterbrechung der „aus den besetzten Ländern herangezogenen verberühmten Reparationen“ verlangt.

WTB, Paris, 6. Okt. Der Präsident der Republik begibt sich am kommenden Sonntag nach dem Oberelsaß, um die neuen Stauwerke bei Rembs einzusehen. Er wird von Ministerpräsident Derriot, dem Minister für öffentliche Arbeiten, Daladier und vom Pensionsminister Vertelot begleitet werden. Die Reise führt auch nach Mülhausen und dem Hartmannsweilerkopf.

Paris, 6. Okt. Verschiedene Blätter melden aus Genf, daß die französische Delegation einen präzisieren und konkreteren „konstruktiven“ Abrüstungs- und Sicherheitsplan fertiggestellt habe, der gegenwärtig vom französischen Kabinett geprüft werde.

WTB, Berlin, 6. Okt. Die schwebende Schulden des Deutschen Reiches betrug am 31. August 1932 1908,8 Millionen RM, gegenüber 1942,3 Millionen RM, am 31. Juli 1932.

## Die politische Totenliste des Reichsbanners

Der amtliche Preussische Pressedienst veröffentlichte eine statistische Uebersicht über die Todesfälle bei politischen Ausschreitungen im Jahre 1932 in Preußen. Hinsichtlich der Parteizugehörigkeit der Todesopfer berichtet diese Statistik von 10 Angehörigen des Reichsbanners und der SPD.

Die Bundespressstelle des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold teilt hierzu mit, daß nach den amtlichen Unterlagen des Bundes in der Zeit von der Aufhebung des Uniform- und SA-Verbotes — also vom 14. Juni 1932 ab — bis heute allein aus den Reihen des Reichsbanners 20 Todesopfer zu verzeichnen sind. Sämtliche Tote sind Opfer aus Zusammenstößen mit Nationalsozialisten. Nach der Staatszugehörigkeit entfallen von diesen Toten:

- 14 auf Preußen,
- 2 auf Freistaat Hessen,
- 1 auf Freistaat Braunschweig, Sachsen, Anhalt, Mecklenburg-Schwerin.

In der Zeit vor dem 14. Juni 1932 bis zum 1. Januar 1932 wurden insgesamt 5 Reichsbannerleute (davon 3 aus Preußen, einer aus Braunschweig, einer aus Oldenburg) Opfer von Gewalttaten politischer Gegner.

Die Gesamtzahl der Todesopfer allein des Reichsbanners in Preußen in der Zeit vom 1. Januar 1932 bis heute beträgt daher 17. Die Angaben der amtlichen Statistik, die nur 10 Todesopfer des Reichsbanners zählt, entsprechen also nicht den wirklichen Tatsachen.

Neben diesen Toten hat das Reichsbanner in den Wahlkämpfen dieses Jahres bisher 7 Kameraden zu beklagen, die infolge von Unzufriedenheiten im Dienst ihr Leben ließen. Die Gesamtzahl der im Dienst für Reichsbanner und Republik gefallenen Reichsbannerleute in der Zeit vom 1. Januar 1932 bis zum heutigen Tage beläuft sich daher auf 24 Tote.

## „Man muß nur Mörder sein“!

Unter dieser Ueberschrift berichtet die Schwäbische Tagwacht: „Eine württembergische Landtagsabgeordnete schrieb einem Kameraden des Reichsbanners, der wegen Landfriedensbruch in Untersuchungshaft war, folgenden Brief:

„Werter Genosse!

Die Genossinnen der SPD Stuttgart nehmen herlichen Anteil an Ihrem Schicksal, denn Sie vermögen das Opfer zu würdigen, welches Sie im Ringen um die Freiheit der Arbeiterklasse zur Stunde bringen. Ich bitte Sie eine kleine Gabe als äußeres Zeichen unserer Verbundenheit anzunehmen und grüße Sie herzlich. Freiheit!“

Der Brief wurde durch die Strafkammer des Landgerichts Stuttgart beschlagnahmt und dem Reichsbannerkameraden nicht ausgehändigt.

Wenige Wochen zuvor haben fünf Nazis einen schlafenden Kommunisten menschlings ermordet. Adolf Hitler sandte den Mördern von Potsdam ins Untersuchungsgefängnis folgendes Telegramm: „Meine Kameraden! Anstatt dieses ungeheuerlichen Mordurteils fühle ich mich mit Euch in unbearbeiteter Treue verbunden. Eure Freiheit ist von diesem Augenblick an eine Frage unserer Ehre.“

Das Telegramm von Adolf Hitler wurde nicht beschlagnahmt. Kommentar ist überflüssig!“

## Einseitiger Nachrichtendienst im Rundfunk

In einer Zeit, in der politische Tageszeitungen willkürlich verboten und von den Abonnenten aus wirtschaftlichen Gründen abbestellt werden, nimmt der Nachrichtendienst des Rundfunks besonders für minderbemittelte Volksschichten eine wesentliche Bedeutung an. Tagesnachrichten und die wöchentlich verbreitete „Zeitungsdau“ wurden von der Reichsleitung des Reichsbanners aufgestellt und mühten von allen Sendern ohne Änderungen weitergegeben werden. Mit der Umorganisation des Rundfunks geht die „Drabtag“ ab 1. Oktober in die Reichsrundfunk-Gesellschaft über. Aus politischen Gründen ist der bisherige Chefredakteur der „Drabtag“, der dem Zentrum nahestehende Dr. Kämpfer, dessen überparteiliche Arbeitsweise selbst reichsweitige Tageszeitungen anerkannten, zum Abgang genötigt und durch einen Schriftleiter der dem Hugenberg-Konzern gehörenden „Telegraphen-Union“ ersetzt worden. Künftig müssen die Hörer also auch die „Tagesnachrichten“ mit allergrößter Vorsicht entgegennehmen.

## Stoßtruppe der Reaktion

Wünsche der Stahlhelmführer

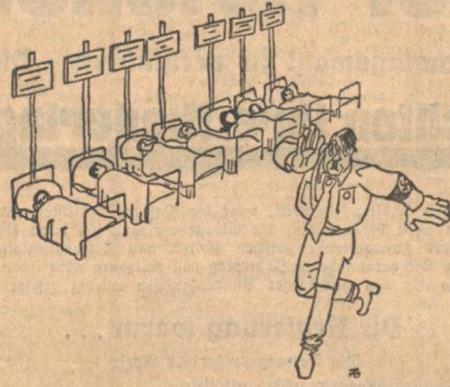
Die Bundesführer des Stahlhelms haben eine Rundgebung zur bevorstehenden Reichstagswahl ertassen, in der es heißt: „Der Stahlhelm wird nach wie vor keine Bindungen mit einzelnen Parteien eingehen. Die Richtung seines Kampfes wird durch seine atosen unveränderlichen Ziele bestimmt: Starke Staatsführung, unabhängig von Parteien, bedingungslose Wehrhoheit, Neuaufbau des Reiches, Eingliederung aller Deutschen in Erzeugung und Genuss des Volksvermögens, Eigentum für jeden Deutschen.“

Hierzu muß sich jeder Stahlhelmkamerad schiffen lassen, welcher Partei er seine Stimme zu geben hat.“

„Neuaufbau des Reiches“ heißt bei diesen reaktionären Herrschenden völlige Beseitigung der politischen und sozialen Demokratie, heißt den rücksichtslosen Herrenstandpunkt im Staat und in der Wirtschaft wieder einzuführen. Der alte Obrigkeitsstaat mit allem militärischen Firlefanz, die Entrechtung der Arbeiter, das ist das Ideal der Stahlhelmführer.

## Die andere Seite

Bei der Kinderparade vor Hitler erkrankten 120 Kinder infolge ungenügender Verpflegung.



Diese Parade kann Hitler jetzt abnehmen!

## Die Hugenberges

Der Parteivorstand der Deutschnationalen Volkspartei und eine Reichsführerabteilung der Deutschnationalen trafen am Donnerstag in den Räumen des Preussischen Landtages zusammen. Unter den Parteivorstandsmitgliedern befand sich auch Prinz Oskar von Preußen. Hugenberg gab einen Uebersicht über die politische Entwicklung in den vier Jahren, während er nun an der Spitze der Partei steht. Unter lebhaftem Beifall erklärte er, die Deutschnationale Volkspartei müsse selbständig in den Wahlkampf gehen und auch gegenüber nationalsozialistischen Störversuchen in den Wahlversammlungen sich energisch durchsetzen. Hugenberg führte weiter aus, wir hätten heute in anderen Formen abermals einen Kampf gegen einen zweiten Völkervertrag zu führen, der Kampf um die Regelung der privaten Auslandsschulden, die die aufgesaugte deutsche Wirtschaft einfach nicht mehr tragen könne. Er schilderte dann das Verhältnis zu den Nationalsozialisten. Wenn die Nationalsozialisten jetzt die Schwelung zum reinen Sozialismus mitmachen, dann müßten sie daran zerbrechen. Die Entwicklung dürfe nicht wieder zurück zum Parlamentarismus gehen. Die Mittelparteien hätten die letzten Jahre nicht verstanden und somit ihren eigenen Untergang verschuldet. Die Regierung Papen habe das Verdienst, Preußen vom Marxismus befreit zu haben. Die Regierung dürfe nicht zögern, unter Ausschaltung aller parlamentarischen Einflüsse die dringenden Aufgaben in Angriff zu nehmen, die nach unter der Reichspräsidentenschaft Hindenburgs gelöst werden müßten, so eine durchgreifende Wirtschaftsreform und die Verfassungreform.

## Deutschnationale werden gemäßigert

Schwerin, 6. Okt. Der deutschnationale Oberregierungsrat im mecklenburgischen Unterrichtsministerium, Dr. Brandt, ist von der Hitlerregierung gemäßigert worden. Er ist als Studienreferent nach Gützkow versetzt worden. Die Hitlerregierung hat ihm gleichzeitig mit der Versetzung mitgeteilt, daß er kein neues Amt innerhalb 24 Stunden anzutreten habe. Der Sozialist hat hier beträchtliches Aufsehen erregt.

## Umschau

Gabritation von Massenwahn

Die köstliche Zeitung hat kürzlich einen amerikanischen Pflanzgarten besprochen, der der Propaganda für den amerikanischen Militarismus diene. In dieser kurzen Besprechung wurde in drei Sätzen gesagt:

„Alle modernen Mittel der Vernichtung sind in Bewegung gesetzt. Eine neue Bewegung wird das im nächsten Weltkrieg geben. Das Ganze verdeckt seine raffante Gefährlichkeit auf Hirne durch sportliche Begeisterung der Herzen.“

Da ist kurz und gut gesagt, was in der Welt vorgeht. Propaganda für den Militarismus und den nächsten Krieg an allen Ecken und Enden und mit allen Mitteln. Da wird die warnende Stimme der Vernunft erhoben.

Sie haben ja so viel Zeit

Das wunderbare Gedicht von Dehmel „Der Arbeitsmann“ zeigt die Not des Arbeiters früherer Zeiten, dem nur eines fehlte um glücklich zu sein, nur Zeit. Die Arbeitslosen von heute haben Zeit, nur zu viel Zeit. Ihnen fehlt nicht Zeit, sondern Arbeit. Es ist ihr Fluch, die Wüsten ihres Lebens, daß sie Zeit haben. Und dann kommt ein herzoglicher Bürokrat, ein Bourgeois von jener Sorte, die mit Verachtung auf die Arbeitslosen herabschauen, die sie als lästige Glieder der bürgerlichen Gesellschaft und als unbenutzbare Mäher an ihr eigenes Gewissen empfinden, es kommt der Direktor des Wohlfahrtsamts in Hannover und läßt einem Arbeitslosen der Stundenlang mit tollsten Bohrschmerzen von Anfang zu Anfang geschickt worden ist und nun Recht bei ihm sucht, kaltblütig sagen: „Die Arbeitslosen hätten ja so viel Zeit, wenn die mal nachts vor Schlafschmerzen nicht schlafen könnten, hätten sie ja am Tage dazu Zeit.“

Wir wünschten, dieser Gemütsmenschen hätte so viel Zeit wie die Arbeitslosen.

Sitters Portier

Als Herr Sitter, der Chef der braunen Armee, von München nach Berlin aus dem Braunen Hause in die Privatwohnung des Reichsbannerführers Major Wahn stürzte, war er von panischer Todesangst ergriffen. Schließlich mußte er seine Leute kennen — und die sind danach! Das Braune Haus in dem sich Herr Sitter nicht mehr sicher fühlte, besitzt einen Portier in Gestalt eines gewissen Johann Schmer. Dieser Mann hat im Februar dieses Jahres gemeinsam mit anderen einen Reichsbannerführer überfallen. Der Unglückliche wurde so zugerichtet, daß sein Kopf wie in Blut getaucht war. Er bekam Tritte mit Stiefelschäben in den Bauch, in die Gesichtsteile. Die Schmer und Genossen schlugen wie Bestien auf ihn ein. Der Herr Portier vom Braunen Hause tobte vor Gericht. Inzwischen konnte er nicht verhindern, daß sein Verbrechen bekanntgegeben wurde. Er hat nicht weniger als 11 Verurteilungen wegen Mordbetrüben auf dem Kerbholz. Diesen Mann haben Sitter und die Seinen zum Portier ihres Braunen Hauses gemacht! Er scheidet ihnen der geeignete Mann dafür zu sein!

## Ein freispruch

Berlin, 6. Okt. In der Berliner Sondergerichtsverhandlung gegen die 8 kommunistischen angeklagten Arbeiter, die sich wegen gemeinsamen Landfriedensbruch und Landfriedensbruch zu verantworten hätten, verurteilte Landgerichtsdirektor Tolk am Donnerstag nachmittags 4.10 Uhr folgendes Urteil:

„Die Angeklagten werden auf Kosten der Staatskasse freigesprochen.“

In der Urteilsbegründung führte der Vorsitzende aus:

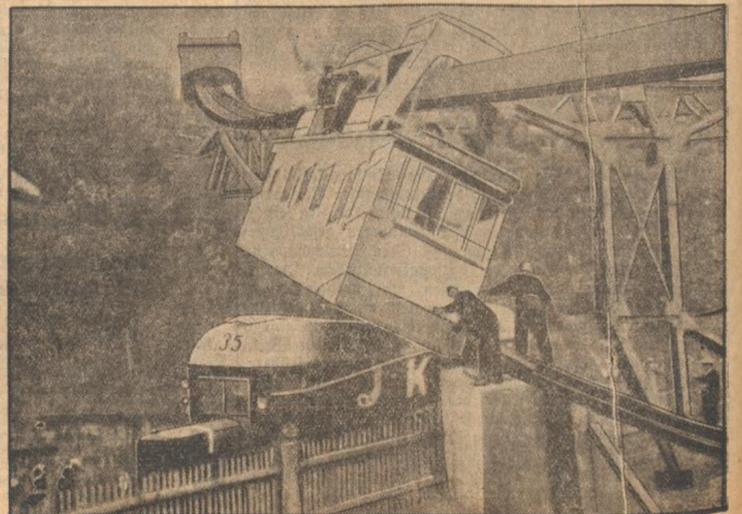
„Das Gericht glaubt, daß am Abend des 29. August in der Mühlengasse in Charlottenburg sowohl von Kommunisten als auch von Nationalsozialisten geschossen worden ist. Das Gericht ist aber nicht in der Lage festzustellen, wer von den Angeklagten geschossen hat, es weiß auch nicht, wer zuerst geschossen hat. Es ist den Angeklagten auch nicht zu widerlegen, daß sie nach Schluss ihrer Versammlung ihre in der Mühlengasse wohnenden Kameraden nach Hause begleitet hätten, um sie vor Übergriffen der Nationalsozialisten zu schützen.“

## Niederlage einer Naziregierung

Schwerin, 6. Okt. Die Stadt Schwerin hat in dem Polizeikonflikt mit der mecklenburgischen Naziregierung dank der energischen Haltung des Rats und der Stadtverordneten nunmehr den Sieg auf ihrer Seite. So ähnlich wie n. Papen im Reich wollte Mecklenburgs Ministerpräsident Gramow mit Verordnungen herumregieren. Weil die nationalsozialistischen Anführer von der mecklenburgischen Polizei nicht so mit Samthandschuh angefaßt wurden wie von der nationalsozialistisch verneigten Ordnungspolizei, entsog die Regierung dem Polizeiwesenten durch eine Verfügung kurzerhand die Verfassungsgewalt über die städtische Polizei und unterstellte diese der Reichspolizei. Die nationalsozialistische Polizei wird. Der Polizeibeamten hat jedoch einfach die Durchführung dieser ungesetzlichen Verordnung verweigert, und hat trotz härtester Druckmittel nicht nachgegeben. Das Ende vom Liede ist für die nationalsozialistische Regierung eine riesige Blamage. Sie hat ihre Verordnung wieder aufgehoben. Vom 10. Oktober ab wird die städtische Polizei im Stadtdienst wieder in Dienst gestellt werden.

## Möbelauto rennt gegen Schwebebahn

Die Unfallstelle bei Dresden-Loschwitz, wo ein altes hohes Möbelauto gegen die Bergschwebebahn stieß, die seit 30 Jahren keinen Betriebsunfall erlebte. Die Schwebebahn wurde bei dem Zusammenstoß aus dem Gestänge gedrückt und klemmte das Dach des Autos fest.



# Freistaat Baden

## Erleichterung der Wahlvorbereitungen

Von der Pressestelle beim Staatsministerium wird mitgeteilt:

Nach einer am Donnerstag in der Karlsruher Zeitung — Badischer Staatsanzeiger — erschienenen Bekanntmachung hat der Minister des Innern zur Erleichterung der Wahlvorbereitungen zur bevorstehenden Reichstagswahl zugelassen, daß Bekanntmachungen, Plakate und Aufrufe, die für die Wahlzwecke zur Verbreitung im ganzen Land bestimmt sind, statt bei den einzelnen Ortspolizeibehörden einheitlich beim Polizeipräsidium Karlsruhe vorgelegt werden können.

## „Ein einzig Volk von Brüdern“

Das Teufel-Mechtel zwischen Schwarz und Braun scheint nunmehr nach den politischen Präzedenzen auf dem künstlerischen Gebiet der Kulissen keine Fortsetzung zu finden. Wie der nationalsozialistische Führer mitteilt, findet anlässlich des ersten mittelbadischen N.S.-Treffens auf der Naturbühne in Detigheim eine Festaufführung von Wilhelm Tell statt. Wie bekannt, stehen die Festspiele in Detigheim im Zentrum nicht allzuerst, so daß diese Festaufführung zu Ehren der Nationalsozialisten unter Zentrumsprotektorat des pikanten Reizes nicht entbehrt. Damit jedoch dieser Vorgang nicht allzu geheimnisvoll erscheint, sondern gleich auch seine politische Klärung erfährt, gibt der Führer dieser schwarz-braunen Festaufführung das Motto: „Wir wollen sein ein einzig Volk von Brüdern.“ Vielleicht mag dieses Motto die Situation sehr zweckmäßig beleuchten. Angesichts dessen, was sich in der Vergangenheit abgespielt hat, möchten wir doch der Detigheimer Festspielleitung empfehlen, damit nicht allzu rasch vergessen wird, einmal Shakespeares „Romeo und Julia“ oder, populär ausgedrückt, „Die feindlichen Familien“ aufzuführen, da die junge Generation auch gerne wissen möchte, wie es bis dato zwischen Nazi und Zentrum stand. Nicht unpassend wäre vielleicht die Wiederaufnahme des Stüdes „Joseph und seine Brüder“ mit Joseph Goebbels als Hauptdarsteller, wobei dieser als Anjager sehr zweckmäßig dann fragen könnte: „Wer hat mein rotes Köcklein zerissen?“

## Ein verurteilter Reichsbahnbeamte:

Wegen Verleumdung Scheidemanns 3 Monate Gefängnis

D3. Mannheim, 6. Okt. Der Reichsbahnbeamte Adam Bert aus Rohrbach, Kreis Diebura, stand wegen Verleumdung vor Gericht. Am 7. Juni war der Geschäftsleiter des Einheitsverbandes der Eisenbahner auf dem Bahnhof Waldhof erschienen, um wegen der Entlassung von 26 Mann eine Beiratsrechnung abzuhalten. Zu dieser hatte sich im Aufenthaltsraum der Güterabteilung auch Bert eingeschunden, der Vorgesetzte der Anstellten. Dessen ärgerliche Ansehens das Dreifache-Reißen auf der Brust des Verbandsleiters. Er sagte u. a. Scheidemann habe sich von den Franzosen beten lassen, daß er das Friedensangebot gemacht habe. Der Verbandsleiter machte in einem Briefe Scheidemann von der Forderung Mitteilung. Durch den Rechtsanwalt Landenberg-Berlin erlittete der Verleumdete Ansehens bei der Staatsanwaltschaft Mannheim und trat durch seinen Anwalt als Nebenkläger der Anklage bei. Durch Strafmandat verurteilte das Amtsgericht Mannheim den Angeklagten zu einer Gefängnisstrafe von drei Monaten. Sein Einbruch hatte keinen Erfolg. Das Gericht erachtete den Wahrheitsbeweis als völlig mißlungen und erkannte auf das durch Notverordnung festgesetzte Minimum von drei Monaten Gefängnis sowie Anschlag an der Gerichtstafel.

## Fällige Berichterstattung im Führer

Als angeblich „unter dem Druck der Nationalsozialisten“ erfolgend meldet der Führer aus dem badischen Landtag: „Serabekung der Ministergehälter auf 12.000 M.; der badische Landtag wird nicht aufgelöst.“ Diese Berichterstattung des Führers wird den Tatsachen nicht gerecht und verfehlt manches. So wird unterlassen, im Führer darauf hinzuweisen, wie eifrig es die Nationalsozialisten hatten, den badischen Landtag zu verlassen, als der sozialdemokratische Antrag auf Landtagsauflösung und Neuwahlen zusammen mit der Reichstagswahl zur Beratung stand. Es zeigte sich in diesem Vorgehen, welche Angst die Nationalsozialisten vor Neuwahlen haben und wie unsicher sie, die ständig ein großes Geschrei vollführen, sich in ihrer heutigen Situation fühlen. Von einem Druck der Nationalsozialisten kann hier wahrlich keine Rede sein, sondern von der Angst der Nationalsozialisten vor einem Volksgericht. Wehrlich geht auch die Meldung über die Gehaltsherabsetzungen an den Tatsachen vorbei. Die Herabsetzung der Ministergehälter auf 12.000 M. war nicht etwa eine nationalsozialistische Aktion, sondern die Milderung der Ministergehälter auf 12.000 M. wurde einstimmig angenommen. Es waren jedoch die Nationalsozialisten und das Zentrum, welche den sozialdemokratischen Antrag, die Gehälter der hohen Beamten ebenfalls in entsprechendem Maße herabzusetzen, ablehnten. Die Sozialdemokratie wollte mit Recht den protesten Zustand verhindern, daß Ministerfraktionen in der Zukunft höhere Gehälter beziehen als Minister. Die Nationalsozialisten dagegen waren es, welche nichts dabei finden, wenn gewisse Beamte noch wie vor unseitsgemäß hohe Gehälter bekommen. Wollen die Nationalsozialisten damit im

badischen Landtag in der Hoffnung auf eine Koalition mit dem Zentrum Vorparade dafür treffen, daß ihre kommenden „Parteibuchbeamten“ ein entsprechend hohes Gehalt bekommen?

## Harzburger Brüder

Freytag-Loringhoven und Nazi-Rosenberg

Wir gaben dieser Tage Kenntnis von dem Protest des badischen Stahlhelm gegen nationalsozialistische Behauptungen, woraus sich allerhand intime Einblicke über das heutige Verhältnis der einflussreichen Harzburger Brüderschaft ergaben. Eine weitere Beleuchtung erfährt das Verhältnis zwischen den Deutschnationalen und den Nationalsozialisten bei einem Streit, der sich um die Namen des deutschnationalen Universitätsprofessors v. Freytag-Loringhoven und dem Chefredakteur Hitlers am Völkischen Beobachter, Rosenberg gruppiert. Man rechnet sich dabei nämlich gegenseitig vor, wer die meisten ehemaligen Landesfeinde in seinen Reihen sitzen hat. Die Nazis fingen an, indem sie im Preussischen Landtag eine kleine Anfrage gegen den deutschnationalen Reichstagsabgeordneten Freytag-Loringhoven einbrachten. Von Freytag-Loringhoven ist seiner Abstammung nach Balte, er war im Kriege russischer Reiteroffizier und Hochschullehrer in Dorpat. Nach dem Kriege kam er an die Universität Breslau.

Die kleine Anfrage der Nationalsozialisten betrifft nun ihr Bestreben darüber aus, daß

„ein ehemaliger Offizier einer uns feindlichen Großmacht als Lehrer und Erzieher der deutschen Universitätsjugend wirken darf.“

Die Anfrage verlangt Auskunft darüber, durch wen die Berufung des Freytag-Loringhoven an die Breslauer Universität erfolgt ist, wie hoch seine Bezüge sind und ob es wahr sei, daß der deutschnationale Freytag im Kriege auf Feindbesitz gelangt habe.

Hierüber sind die „Mitteilungen der Deutschnationalen Volkspartei“ vor Kurzem aus dem Büschen. Sie nennen die kleine Anfrage „Gemeinheit und Niedertracht“, sprechen von „nationalsozialistischer Verleumdung“ usw. Zur Sache selbst geben sie an, daß Freytag-Loringhoven wie alle russischen Hochschullehrer von seiner Dienstpflicht befreit gewesen wäre, daher das Glück hatte, obwohl russischer Reiteroffizier, nicht gegen deutsche Soldaten kämpfen zu müssen. Nach dem Sturz des Zarenthums sei von Freytag-Loringhoven nach Deutschland gegangen und juristischer Berater beim Stabschef Ost gewesen. Also loszulassen: Offizier in passivster Dauerstellung!

Da nun aber die beste Verteidigung der Sache ist, weist das deutschnationale Organ an den nationalsozialistischen Reichstagsabgeordneten Rosenberg hin, der 1917 russischer Subint in Riga gewesen sei, aber es nicht für nötig befunden habe, wie andere deutschsüchtige Studenten nach der Einnahme Rigas in das deutsche Heer einzutreten. Ebenso sei Rosenberg im Jahre 1919 nicht in die baltische Landeswehr eingetreten, sondern habe es vorgezogen, sich nach München zu begeben und dort schriftstellerisch tätig zu sein.

Hierauf antwortet Rosenberg mit der Behauptung, daß er 1917 sich nicht in Riga aufgehalten, sondern zu dieser Zeit an der nach

Moskau übergeführten Rigaer Technischen Hochschule studiert habe. Sein Eintritt als Freiwilliger sei von den deutschen Truppen im Jahre 1918 abgelehnt worden mit der Begründung, daß er fremder Staatsangehöriger sei.

Die Mitteilungen der Deutschnationalen Volkspartei halten jedoch diese Erklärung nicht für haltbar. Nach ihrer Kenntnis habe für Rosenberg keine Verpflichtung bestanden, mit der Rigaer Technischen Hochschule beim Einmarsch der deutschen Truppen nach Moskau zu gehen. Er habe das vielmehr

freiwillig getan im Gegensatz zu anderen deutschen Studenten, die in Riga geblieben seien, um sich den deutschen Truppen anzuschließen.

Auch die Behauptung Rosenbergs über die Ablehnung einer späteren freiwilligen Meldung stehe im Widerspruch zu den Gepflogenheiten der deutschen Truppen, die baltische Freiwilligen zu vielen Hunderten eingestellt haben.

Den Nazis scheint bei dieser ganzen Auseinandersetzung nicht sehr wohl zu sein, denn sie haben, wie jetzt gemeldet wird, ihre kleine Anfrage gegen den Freytag-Loringhoven sang- und klanglos zurückgezogen. Sie haben wohl allen Grund, weitere Auseinandersetzungen in dieser Sache zu scheuen. Immerhin — es ist wenig über ein halbes Jahr verfloßen, seitdem der Heimkrieg Goebbels der Sozialdemokratie im Reichstag die ungebührliche Beschimpfung „Partei der Deerteure“ entgegenschleuderte. Damals tobte die Harzburger Front Beifall. Heute streiten die Harzburger Brüder nur noch untereinander, welche von beiden Parteien, Deutschnationale oder Nationalsozialisten, stärkeren Anspruch auf diesen Ehrentitel habe.

## Polizei und neuer Staatsgedanke

In einem Aufsatz „Die Polizei in der öffentlichen Kritik“, erschienen im Organ der badischen Polizeibeamten, lesen wir u. a.:

„Der einzelne Polizeibeamte wie auch die Polizei in ihrer Gesamtheit wird heute mehr als früher auch um deswillen Gegenstand einer unangenehmen Kritik, weil an ihrer Verfassungstreue nicht zu zweifeln ist. Die Polizeibeamtenschaft in ihrer Gesamtheit hat stets jede parteipolitische Bindung entschieden abgelehnt. Die Erkenntnis, daß nur eine Polizei, die parteipolitisch nicht gebunden ist, in die Lage versetzt wird, ihre Aufgabe zu erfüllen, ist längst Gemeingut aller Polizeibeamten geworden. Daran ändern auch die aus sehr durchsichtigen Gründen unternommenen Versuche, sie, oder bestimmte Teile von ihr parteipolitisch abzustempeln, nichts. In einem Punkte allerdings ist sie politisch eingestellt. Hinsichtlich des neuen Staatsgedankens, wie er in der Verfassung von Weimar verankert ist. Hier gibt es für sie keine Neutralität und kann es niemals eine geben. Die Stellung der Polizei innerhalb des Staates verlangt von ihr in diesem Falle eine klare und entschiedene Haltung. Wer sie um deswillen anreißt oder verunglimpft, muß jedes Gefühl für Treue und Ehrlichkeit verloren haben. Die Polizeibeamtenschaft kann verlangen, daß ihre Auffassung in diesem Punkte auch von dem Teil der Staatsbürger, der dem heutigen Staate abgeneigt gegenübersteht, anerkannt und geachtet wird. Das Bekenntnis der deutschen Polizeibeamtenschaft zum heutigen Staate bildet die Grundlage ihrer Tätigkeit. An ihrer unbedingten Verfassungstreue kann deshalb nicht gezweifelt werden. Wer sie um deswillen anreißt oder verunglimpft, läßt einen bedenklichen Mangel an Moral erkennen.“

# Kirche des Hasses

Die Verhandlungen und Beschlüsse der Synode der evangelischen Kirche Badens am Dienstag und Mittwoch haben erhebliches Aufsehen erregt. Das Hakenkreuz dominierte und der politische Haß beherrschte die Mehrheit dieser Vertreterversammlung einer Kirche, die sich eine christliche nennt. Dem Liberalismus in kirchlichen Dingen wurde der rücksichtslose und sogar terroristische Kampf genau so angelegt und gegen ihn durchgeführt, wie dem religiösen Sozialismus. Wenn ein Gaufrühler der Nazis diese kirchliche Versammlung geleitet und beherrscht haben würde, noch unbedauerlicher, noch stärker vom politischen Haß konnte sie nicht beeinflusst sein. Aber es ist vielleicht auch so gut; die noch der evangelischen Kirche angehörende Arbeiterklasse hat von dieser Synode sehr eindringlich und deutlich demonstriert erhalten, was sie von dieser evangelischen Kirche und dem sogenannten „positiven“ Teil der Vertreterversammlung zu erwarten hat.

Wie die Verhandlungen und Beschlüsse auch auf die liberalen bürgerlichen Kreise gewirkt haben, dem gibt die Neue Badische Landeszeitung in treffend scharfer Weise herabden Ausdruck. Wir zitieren das folgende aus einem Artikel, der die Ueberschrift trägt „Synode des Unglücks“:

„Die „Synode des Unglücks“ wird in der Geschichte des evangelischen Baden die neue Landesynode genannt werden, deren erste Tat die Terrorisierung des kirchlichen Liberalismus und des religiösen Sozialismus durch die Rechte unter Führung des Nationalsozialismus geworden ist. Terrorisierung ist ein harter Ausdruck; aber er ist in diesem Fall und bei diesem Einbruch der Synode der Ausdruck der Wahrheit. Bis zum 5. Oktober 1932 durfte sich das Kirchenparlament in Baden rühmen, in seiner Kirchenregierung eine Repräsentation aller Gruppen im Kirchenparlament und Kirchenvolk zu schaffen; bis zu diesem „schwarzen Tag“ für den badischen Protestantismus waren keine Kirchenregierungen „Kabinette der kirchlichen Konzentration“, in denen sich Politische, Priestern, Liberale und Volkskräfte zusammenfanden. Seit dem 5. Oktober gehört dieser Brauch und dieses Bild evangelischer Eintracht und Gerechtigkeit der Vergangenheit an und die Gegenwart erlebt den Ausschluß der Liberalen und Sozialisten vom Kirchenregiment. Den Einbruch der Parteipolitik und des Parteihasses in den badischen Protestantismus.“

Weil man zur Mehrheit die Stimmen der Nationalsozialisten bedürfte, beugte man sich ihrer Forderung einseitigen Kirchenregi-

ments der Rechten und die Schwäche vor dem Nationalsozialismus wurde zur Sünde wider den Geist des Protestantismus. Die „evangelische Freiheit“ — wo ist sie bei diesem Handel der Parteien geblieben, der ein Drittel der Abgeordneten des Kirchenvolks als minderwertig abgestempelt und in eine Opposition gedrängt hat, die vielleicht nicht den Positiven und den Nationalsozialisten schädlich werden kann, aber mit aller Gewißheit der badischen evangelischen Kirche. Der Fehlschritt, den man dem freibürgerlichen und dem sozialistischen Protestantismus mit vollendeter Bräutlichkeit ins Gesicht geworfen hat, wird aufgenommen werden und was will diese nunmehr unter sich regierende Mehrheit antworten, wenn die Wähler der vom Kirchenregiment Ausgeschlossenen die Frage an sie stellen, ob denn diese Kirche der Rechten noch eine Volkskirche und die legitime Organisation der badischen Protestanten sei? Was wollen die neuen Herren antworten, wenn die protestantische Arbeiterklasse fragt, was sie noch mit dieser Kirche verbinde, die sich dem Diktat des Hakenkreuzes beugt und den Sozialismus verfehmt? Für den religiösen Sozialismus ist kein Platz in der Kirchenregierung! hat die Mehrheit der Synode erklärt; ist es nicht die schlichte Konsequenz, daß die religiösen Sozialisten ihrerseits erklären, für sie sei nunmehr auch kein Platz in einer Kirche mehr, die sie bematelt?

Ein Riß geht durch den badischen Protestantismus und die badische evangelische Kirche und dieser Riß geht bis auf die Grundfesten der Kirche. . .

Die Bindung an die Reaktion — und nirgends zeigt der Nationalsozialismus reaktionärer Charakter als in seiner Kirchenpolitik — ist eine untragbare Belastung für die Kirche. Es gibt keine Bewegung, die dem Geist evangelischer Freiheit fremder ist als der Nationalsozialismus mit seiner Intoleranz und seinen Terrorgefühlen auch im geistigen und dieser Bewegung hat die evangelische Kirche nun Tür und Tor geöffnet. Denn dies ist die Bedeutung der Kampfwahl: die Option der evangelischen Kirche in Baden für rechts: für Eugen Berg und Hakenkreuz, die in dieser Synode die „Harzburger Front“ wiederaufleben ließen. In diese Front ist die Synode und ist die Kirchenregierung einestüft: es ist eine Kampffront gegen links und es ist die Polikisierung des Protestantismus von rechts her. Der Basillus der Reaktion ist in den Organismus der evangelischen Kirche eingebracht; wird man auf die bange Frage mit einem bestimmten Nein antworten können, ob diese Infektion mit Siedtum endet?“



# Sanella

## Deutschlands meistgekauftete Margarine

Zu jedem 1/2 Pfd. Sanella Margarine gibt's jetzt ein schönes buntes Sportbild. Zum Einkleben der Bilder wurde das „Handbuch des Sports“ geschaffen. Sie bekommen es für 70 Pfennig in den durch Plakate kenntlich gemachten Geschäften oder von „Sanella“, Postfach 125, Berlin C2, gegen Einsendung von 70 Pfennig in Briefmarken.

Jetzt mit Sammelbildern!

1/2 tb 32 3

111 SN 61-90







# Wohnungs- und Mietpreispolitik

In allen Städten fehlt es an kleinen, billigen Wohnungen, deren Kosten dem Einkommen der Masse der Mieterkraft angepaßt sind. Man hat eben am Wohnungsbedarf gearbeitet, was von den sozialdemokratischen Sprechern in den Bürgerkammerberatungen oft genug betont wurde. Die Hauptfrage bei der Mehrheit war, daß Häuser entstanden und Wohnungen errichtet worden sind. Da die Mieten derselben aber von den Volksgenossen mit niedrigerem Einkommen bezahlt werden kann, danach wurde weniger gefragt. Ein solcher Standpunkt entspricht einer rein kapitalistischen Einstellung, nach der eben die Wohnung nur als Ware gilt und nicht als Kulturgut. Sie zu letzterem umzugestalten, kann nur der Sozialismus. Nichtsdestoweniger müssen wir versuchen, in der kapitalistischen Gesellschaft alle Hilfsmittel anzuwenden, entsprechende Forderungen zu stellen, um das Wohnen für die große Masse erträglich zu gestalten. Eine bemerkenswerte Vorarbeit hat in dieser Richtung die sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion in Frankfurt am Main unternommen, indem sie Richtlinien aufstellte, von denen wir die hauptsächlichsten nachstehend wiedergeben mit dem Bemerkung, daß die Verhältnisse in den einzelnen Städten verschiedenen sind und deshalb die Frankfurter Richtlinien nur die Grundelemente enthalten, wie in Zukunft dieses stark umstrittene Problem angefaßt werden muß.

Die Grundforderungen der Frankfurter Sozialdemokratie sind in puncto Mietpreispolitik und Wohnungsbaupolitik folgende:

## Mietpreispolitik

### A. Allgemein

1. Erste Aufgabe jeder gemeinwirtschaftlichen Wohnungspolitik ist die Schaffung billiger Wohnungen für die Massen. Das gilt auch für den kommunalen Häuserbau. Rücksicht auf rein fiskalische Interessen dürfen dabei nicht ausschlaggebend sein. Da die Stadt jedoch ihrerseits sich die Kapitalien für den Wohnungsbau anderwärts verschaffen muß und man nicht verlangen kann, daß jene Teile der Bevölkerung, die noch nicht in gemeinwirtschaftlichen Wohnungen wohnen und somit ohnehin benachteiligt sind, noch die Kosten dieser Kapitalanlage mit auf sich nehmen müssen, ist eine bescheidene Verzinsung der städtischen Kapitalien anzuerkennen. Die sich etwa annehmenden Risiken sind zur Erweiterung des gemeinnützigen Wohnungsbaues zu verwenden.

2. Zur Durchführung einer solchen Mietpreispolitik ist erforderlich:

- a) Senkung der Zinsen, denn 60 bis 70 Prozent der Miete werden — namentlich bei Neubauten — von den Zinslasten verzinst. Es ist mit allen wirtschaftlich vernünftigen Mitteln auf eine Zinsverbilligung hinzuwirken.
- b) Auch die Kommune muß aus eigenen Kräften zur Erreichung tragbarer Mieten beitragen. Zu diesem Zweck hat sie künftig darauf zu verzichten, Anliegerbeiträge für Verkehrsarbeiten und — bei gemeinnützigen Gesellschaften — auch für freie Plätze zu erheben.
- c) Die Mieten in Altbauwohnungen sollen die Höhe vom Jahre 1914 nicht übersteigen. Bei weiterer Herabsetzung der Haussteuer muß die Einparung den Mietern zeitlos zugute kommen.
- d) Freilassung der Neubauten von der Grundbesitzsteuer und den damit verbundenen Zulagen der Gemeinde, ferner Herabsetzung der Tilgungsraten für alle Hypotheken auf 3 Prozent, solange die Mieten in Neubauten höher sind als in Altbauwohnungen.
- e) Senkung der Zinsen für gewerbliche Hauskreditkassen.
- f) In Städten mit überhöhten Mieten ist eine Angleichung an den Reichsdurchschnitt durch besondere Zuwendungen aus dem

Sausteuersenkungen und anderen finanziellen Mitteln herbeizuführen.

3) Wirtschaftlich Bedrängten, insbesondere Erwerbslosen und aus öffentlichen Mitteln Unterstützten, sowie Kinderreichen, die als Mieter von Neubauwohnungen nicht in den Genuß der Haussteuererleichterung kommen, oder sonst infolge zu hoher Mieten ihren Lebensunterhalt nicht mehr bestreiten können, sind Mietbeihilfen aus Erträgnissen der Haussteuer zu gewähren.

### B. Mietverbilligung für Dauermieter

Langjährige Mieter bringen dem Hausbesitz erhebliche Ersparungen, namentlich für die Reparaturkosten. Da außerdem die Häuser im Laufe der Jahre durch den natürlichen Verschleiß entwertet, somit die Wohnungen minderwertig werden, ist für den langjährigen Mieter, der seinen Zahlungsverpflichtungen nachzukommen ehrlich bestrebt war und die Wohnung pfleglich behandelte, eine entsprechende Verbilligung der Miete nicht nur sozial gerecht, sondern auch wirtschaftlich zu rechtfertigen. Aus diesem Grunde soll nach 10jähriger Mietdauer der Mietzins für die Dauermieter um 10 Prozent ermäßigt werden und von da ab für jedes weitere vollendete Jahr der Mietdauer eine weitere Senkung eintreten.

### Arbeitsbeschaffung

#### a) durch Wohnungsneubau

Eine Erholung aus der Krise und damit eine Befähigung der Arbeitslosigkeit ist kaum denkbar ohne einen lebhaften Wohnungsbau. Erfahrungsgemäß ist die Überwindung der Krise immer ausgegangen von dem Baumarkt, der seinerseits wieder den anderen Gewerben Arbeit zuführt. Der Bedarf an neuen, billigen Wohnungen ist noch nicht annähernd befriedigt und er wächst noch durch das völlige Stöcken der Bautätigkeit im Monat zu Monat. Darüber hinaus ist ein erheblicher Teil der Altbauwohnungen menschenunwürdig und bedarf des Ersatzes durch gesunde Neubauwohnungen. Die Erstellung namentlich von Kleinwohnungen mit tarifmäßig besetzten Kräften ist daher eine dringende Aufgabe der Stadt.

Zu deren Durchführung ist notwendig, daß

- 1. durch wirtschaftliche und politische Maßnahmen billiges Geld — die erste Voraussetzung für den Wohnungsbau — geschaffen wird;
- 2. durch gesetzliche Maßnahmen die sozialen Versicherungsbeiträge vermindert werden, mindestens zwei Drittel, die Lebensversicherungsbeiträge mindestens die Hälfte ihres Kapitalwachses dem Wohnungsbau zur Verfügung stellen;
- 3. die bei der Preussischen Wohnungskreditanstalt aufkommenden Mittel aus den staatlichen Hauskreditkassen nur für Zwecke des Wohnungsbaues verwendet werden;
- 4. die Kommunen ihre Bodenpolitik ändern und unbesetzt um den Eigentümern veräußertes Gelände zu stark verhöhten Preisen zur Verfügung stellen und für Herabsetzung der Erbschaftsteuer Sorge tragen;
- 5. die preiswertesten Baukostenkoeffizienten und Alinea festgesetzt werden.

#### b) durch Haus- und Wohnungsreparatur

Es wird gefordert:

- 1. Ausschließliche Bereitstellung der Hauskreditkassenbeiträge für die Zwecke der Hausinstandsetzung und Wohnungsreparatur.
- 2. Bereitstellung eines ausreichenden Reichs-Anfangskredits; hierzu Bewilligung von zweijährigen Reparaturkrediten und ausschließliche Verwendung der Rückflüsse aus diesem Kredit für die Fortsetzung dieser Arbeiten.

# Partei-Nachrichten

## Bekanntmachungen des Parteisekretariats

Bekanntmachungen finden statt:

Freitag, 7. Oktober:

**Gröningen:** Abends 8 Uhr im Turnerheim Versammlung der Mitglieder der Partei und der Eisernen Front. Gen. Dillert-Karlsruhe spricht. Er wird die politische Lage und die Entwürfe der Partei im Reichstag zur Behebung der Wirtschaftskrise darlegen. Bringt zuverlässige Gefinnungstreue mit!

Samstag, 8. Oktober:

**Karlsruhe:** Abends 8 Uhr im „Hotel Kreuz“ Generalversammlung. Landtagsabg. Gen. Trinks-Karlsruhe spricht. Er wird einen Überblick über die politische Lage geben und die Entwürfe der Partei im Reichstag zur Behebung der Wirtschaftskrise darlegen. Kommt vollständig! Keiner darf fehlen!

**Kleinheimbach:** Abends 8 Uhr im Rathausaal Wählerversammlung. Gen. Banholzer-Frozheim spricht.

**Muggensturm:** Abends 8.30 Uhr im „Rohlfischen Hof“ Versammlung der Mitglieder der Eisernen Front mit Vortrag von Stadtm. Gen. Heller-Karlsruhe über „Zweck und Ziel der E. F.“ Bringt zuverlässige Gefinnungstreue mit!

**Gölschhausen:** Abends 7.30 Uhr im „Lünen“ Wählerversammlung. Bürgermeister Gen. J. G. Gröningen spricht: 1. Zur örtlichen Bürgermeistereiwahl. 2. Zur Reichstagswahl.

Sonntag, 9. Oktober:

**Rehl:** Mittags 3 Uhr im „Lamm“ Bezirksmitgliederversammlung. Landtagsabg. Gen. Trinks-Karlsruhe wird die politische Lage, die Entwürfe der Partei im Reichstag zur Behebung der Wirtschaftskrise darlegen und die Durchführung des Wahlkampfes im Bezirk Rehl behandeln. Zahlreicher Besuch aus allen Ortsvereinen wird bei der Wichtigkeit der Tagesordnung als selbstverständlich erwartet.

**Glörsweier:** Mittags 3 Uhr in der „Linde“ Wählerversammlung. Gen. Wundt-Baden spricht.

Dienstag, 11. Oktober:

**Rehl:** Abends 8 Uhr im „Lamm“ Versammlung der Mitglieder der Eisernen Front mit Vortrag von Gen. Sammet-Karlsruhe.

Donnerstag, 13. Oktober:

**Bruchsal:** Abends 8 Uhr im Jugendheim Versammlung der Mitglieder der Arbeiterjugend Genossin St. A. Karlsruhe spricht über „Die geschichtliche Entwicklung der Ehe“.

Samstag, 15. Oktober:

**Karlsruhe:** Abends 8 Uhr im „Hotel Kreuz“ Durchführung der politischen Reue „Der Rote Faden“. Junor wird Gen. Reichstagskandidat Weitz-Karlsruhe sprechen.

**Offenburg:** Abends 8 Uhr in der Michaelhalle Wählerversammlung. Reichstagskandidat Gen. Dr. Kemmle spricht.

Sonntag, 16. Oktober:

**Gröningen:** Mittags 2 Uhr im „Ensel“ Mitgliederversammlung. Gen. Trinks wird sprechen. Er wird einen Überblick über die politische Lage geben und danach die örtlichen Angelegenheiten behandeln.

**Genaußbach:** Vormittags 10.30 Uhr Wählerversammlung. Reichstagskandidat Gen. Dr. Kemmle spricht.

**Rehl:** Mittags 3 Uhr Bezirks-Wählerversammlung. Referent: Reichstagskandidat Gen. Dr. Kemmle.

**Sandweier:** Mittags halb 3 Uhr in der „Sonne“ Durchführung der politischen Reue „Der Rote Faden“.

**Baden-Baden:** Abends 8 Uhr im „Aurelia-Sängerhaus“ Durchführung der politischen Reue „Der Rote Faden“.

Genossen! Werbt für den Besuch dieser Veranstaltungen und für die Partei! Seid unermüdbar tätig!

Ortsvereinstaffler! Kassiert die reiflichen Beiträge unverzüglich ein und haltet den Abrechnungstermin ein.

Das Parteisekretariat.

## Letzte Nachrichten

### Londoner Konferenz verschoben

Paris, 6. Okt. Der englische Botschafter Lord Dorell hat heute nachmittags dem französischen Außenministerium mitgeteilt, daß die englische Regierung beschlossen hat, den Zeitpunkt der von ihr angetragenen Konferenz zur Erörterung der Abrüstungsfrage auf unbestimmte Zeit zu verschieben. Die Besprechungen zwischen Paris und London über den Gegenstand dauern in freundschaftlicher Weise fort.

## Sport

**F.C. Wöhring — S.V. W.** Am Sonntag, 9. Oktober, nachmittags 3 Uhr, feiert im Waldstadion das mit größter Spannung erwartete Lokalderby Wöhring — S.V. W. Seit Jahrzehnten schon sind diese beiden Vereine führend im Fußballspiel der badischen Landesliga. Und immer, wenn diese beiden Mannschaften sich im Wettbewerb treffen, war dies das Fußballerliche Ereignis Karlsruhes. Wenn die beiden alten Lokalrivalen einander gegenüberstanden, da gab es harte, rasche Kämpfe, denn jede Mannschaft gab ihr Bestes, um zu siegen. Selbst in den Jahren, da der Karlsruher Fußballverein das unstrittbar beste Mannschafsgelände hatte, verloren die Spiele nicht an Spannung. Aber man kann schon Jahre zurückgehen, bis man eine ähnliche Situation findet, wie sie heute liegt. Wenn die beiden Mannschaften gleich an Rängen sind, so ist es heute. Beide liegen während an der Tabellen Spitze, die Schwarzblauen mit zwei, der badische Meister mit drei Punkten, resultierend aus unentschiedenen Spielen. Mit dem 1. F.C. Wöhring und der Germania Worms sind die beiden Karlsruher Vereine die einzigen im süddeutschen Verband, die noch kein Spiel verloren haben. Das Spannungsmoment wird aber nicht unerschütterlich vergrößert, daß der sonnigste Kampf die Entscheidung bringen wird, wer als Sieger aus der Vorrunde im badischen Bezirk hervorgeht.

## Aus der Stadt Durlach

Der „freiwillige Arbeitsdienst“ ist heute ein in Arbeiterkreisen vielbesprochenes Problem. Besonders in der arbeitslosen Jugend wird das Für und Wider dieser Frage eifrig diskutiert. Schmerzt am meisten die Krise gerade auch auf den Schultern unserer Jugend. Ohne Hoffnung, ohne Aussicht erscheint ihnen ihr weiteres Leben. Sie sehen keine Möglichkeit, wieder in den Produktionsprozess eingeschaltet zu werden. Nun kommt die Frage des „freiwilligen Arbeitsdienstes“. Wir sehen sehr gut die Gefahren dieses Dienstes. Aber werden diese Gefahren geringer, wenn wir den „freiwilligen Arbeitsdienst“ als Mittel ablehnen, der ohne unseren Willen geschaffen wurde, der nun einmal da ist und auch sein wird ohne unsere Mitwirkung? Wenn wir die Organisation und die finanziellen Mittel dieses Dienstes ausschließlich unseren Gegnern überlassen. Oder sollen wir versuchen, Einfluß zu gewinnen auf die Gestaltung dieses Dienstes im Sinne unserer Auffassung? Jeder einzelne, den diese Fragen interessieren (und wenn interessieren sie heute wohl nicht?) sei deshalb nochmals hingewiesen auf den Vortrag, den Kollege Dr. Weitzmann (Karlsruhe) am Samstag, 8. Oktober, abends 8 Uhr, in Durlach im Gasthaus zur „Franz“ im Rahmen einer allgemeinen Mittagsmahlversammlung hält über das Thema: „Der freiwillige Arbeitsdienst und die Stellung der Gewerkschaften“. Gäste zu dieser Versammlung sind willkommen. (Siehe Vereinsanzeiger.) R. W.

### Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe

**Todesfälle und Beerigungsjahren.** 5. Oktober: Reinhold Andree, Privatmann, Wöhring, 86 Jahre alt. Beerigung am 7. Oktober, 11 Uhr, Feuerbestattung, August Gemünden, Wöhring, Chemann, 41 Jahre alt. Beerigung am 7. Oktober, 14.30 Uhr, Feuerbestattung.



**Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold**

Freiquartiere gesucht

Kameraden und Republikaner! Der Gegenbesuch unserer Freiburger Kameraden erfolgt schneller als wir dachten. Am Samstag, 15. Oktober, abends 7 Uhr, treffen 180 Kameraden und Angehörige hier ein. Es entspricht für uns die ehrenvolle Aufgabe, für Unterkunft zu sorgen. Wir selbst sind eines Lobes voll und wollen Gleiches mit Gleichem vergelten. Die Republikaner Karlsruhe bitten wir, Quartiere und Verpflegung für eine Nacht zur Verfügung zu stellen. Angabe der Anzahl und der Adresse bis spätestens Mittwoch, 12. Oktober, schriftlich auf dem Geschäftszimmer, Schützenstraße 16, 2. Stock.

Techn. Kommission. Freitag, 7. Oktober, 8 Uhr abends, Sitzung im Volkshaus. Alle Kameradschafts-, Zug- und Gruppenführer erscheinen.

**Correspondent:** Georg Schöpslin. Verantwortlich: Volkm. Freitag Baden. Volkswirtschaft, Gewerkschaftliches, Soziales, Familien. Aus aller Welt, Die Welt der Frau, Letzte Nachrichten; E. Gräbe daum; Groß-Karlsruhe, Gemeindepolitik, Durlach, Aus Mittelhessen, Gewerkschaften, Karlsruher Umgebung, Sozialistisches Jugendvolk, Heimat und Wandern, Sport und Spiel, Auskünfte: Josef G. Verantwortlich für den Anzeigenzettel: Gustav Krüger. Eämtliche wohnhaft in Karlsruhe.

# HANDEL UND INDUSTRIE

## Süddeutsche Zucker-Aktiengesellschaft Mannheim

liefert in anerkannt unübertroffener Güte und Reinheit aus ihren Werken: Frankenthal, Waghäusel, Stuttgart, Heilbronn, Regensburg, Offstein, Groß-Gerau

**Gubwürfel, Gemahlene Raffinaden, Perlzucker, Kristallzucker**

Trinkt

**Sinner Bier**

## Rheinschiffahrt

Schleppkahn- und Eilgüterbootsverkehre über Karlsruhe bietet  
**Karlsruher Schiffahrts-Aktiengesellschaft**  
Karlsruhe

# Textil-Markt



### Damen-Kleidung

**Damen-Pullover** reine Wolle viele verschiedene Ausführungen und Farben **3.90**

**Waschsamt-Kleid** bis zur Größe 48 **5.90**

**Loden-Mantel** für Damen, der praktische Mantel für alle Zwecke **14.75**

**Reizende Velvet-Kappe** mit Schleiher, sehr kleidsam **3.90**

**Herren-Anzüge** reine Wolle, frescoartiger Cheviot, in modernen grauen und braun. Tönen, mit Luster gefärbt **38.- 28.-**

**Winter-Mäntel** für Herren in den beliebten grauen Tönen, Ulfster- oder Faltoform, gut Sitz **38.- 28.- 18.-**

**Herren-Unterhose** Wolle gemischt, alle Größen, extra weit **95.7**

### Damen-Wäsche

**Schlupfhose** 75.7 Pflüschfrott-lutter 42-44 **95.7**

**Unterkleid** mit Vollschleiher Größe 42-48 **1.35**

**Bettjäckchen** weiche Zebrwolle, mit langem Arm, wie handgehehelt **2.95**

**Corselett** Jacquard, mit verstärktem Leibteil, ausgearbeitete Charmeuse-Brustform **3.95**

### Herren-Artikel

**Selbstbinder** teils reine Seide mit Wolleinlage **1.45**

**Kragen** halbstell. Bleifelder Fabrikat, oder stoffe Kragen, Mako 4fach **68.7**

**Sporthemden** mit festem Kragen u. passend. Binder, gedeckte blaue u. beige Muster **2.45**

**Oberhemden** weiß Popeline, durchgehend gemustert **2.95**

### Strumpfwaren

**Damen-Strümpfe** kat. Seide, feines klares Gewebe, fehlerfrei, kräftige Sohle aus Seidenfaser **85.7**

**Damen-Strümpfe** Reine Wolle, regulär gestrickt, oder kat. Seide plattiert, Fuß aus reiner Wolle **1.45**

**Herren-Socken** Baumwolle gemust., haltbare Qualität **45.7**

**Herren-Socken** Reine Wolle, regulär gestrickt **88.7**

**Damen-Handschuhe** 2 Druckknöpfe, Leder imit., Schlupfform **95.7**

**Damen-Handschuhe** künstl. Seide, ganz durchgefärbt **1.45**

**Damen-Handschuhe** Nappa-Leder, ganz gefärbt, 2 Druckkn. **3.90**

**Herren-Hüte** il. Wahl, mod. in Form und Farbe **1.75** **2.50**

**Wollfilz** Serie I **1.75** Serie II **2.50**

**Haarfilz** Serie I **3.50** Serie II **4.50**

**Bouclé-Mantel** wie Abb. m. Pelzschalkragen, das Kunstseidenfutter ist bis zur Hälfte gestiept **29.75**

**Modischer Filzhut** wie Abb. vorn Aufschlag, mit Bienenverarbeitung **3.50**

In der ersten Etage:  
**Handarbeits-Ausstellung**

**HERMANN TIETZ KARLSRUHE**

In der dritten Etage:  
**„Licht ins Heim“**

**Die fesche mod. Jacke** 12.75 auf Kunstseiden-Futter (wie Abb.)

**dazu der Rock** (wie Abb.) aus marengolarbigem Stoff **6.75**

**Velvet-Polokappe** m. Metallknöpfen, in schwarz, dunkelblau, braun (wie Abb.) **1.90**

### Badische Lichtspiele

Zum Xten Mal wiederholen wir auf vielseitigen Wunsch das unübertroffene Lustspiel

## „Im weißen Rößl“

echt in seinen Aufnahmen im Saalkammergut  
echt in seinem musikalischen Humor  
echte Original-Musik des großen Orchesters

**Nur Freitag Samstag Montag**  
5 und 8.30 Uhr 5 und 8.30 5 und 8.30 Uhr

**Sonntag, 9. Okt. 2 Uhr** Jugendvorstellung  
4.15 u. 6.30 Uhr Familien-Festvorstellung  
8.45 Uhr Abendveranstaltung  
2 und 5 Uhr Kleine Preise.

**Sonntagsrasse** Konzerthaus ab 11 Uhr  
Kartenverkauf: Musikhaus Filz Müller, Kaiserstr. 96  
und Büro Gannhoisstraße 9

### Festhalle

**Dienstag, 11. Oktober, 20 Uhr**

## Wiener Walzer- u. Operetten-Abend

# Johann Strauss

**Pressestimmen:**  
London, Daily Chronicle: Kein Wunder, dass die immensen Quantitäten dieser Musik ausverkauft war...  
Amsterdam, Algemeen Handelsblad: vor ausverkauftem Konzertgebäude...  
Wien, Neues Wien Journal: Strauss verstand es das Publikum zu wahren Befallsorgeln hinzureissen...

**Lehrer K. u. K. Hofballmusikdirektor mit seinem Wiener Orchester**  
unter Mitwirkung von **Gerda Himmels**, Koloratur-sängerin des Süddeutschen Opern- und Rundfunktheater **Hans Haas**

Karten ab RM. 1.60 im Musikhaus und Konzertdirektion, Kaiserstr. 96. Telefon 38.

**FRITZ MÜLLER** 5017

**Rundfunkhörer halbe Preise**

Dame, jung, hübsch, mit Millionenvermögen, sucht sich an gutgehendem Unternehmern zu beteiligen. Zuschriften: „Schnäucht 212“

Dame, jung, hübsch, mit Millionenvermögen, sucht sympathischen Herrn ebenso reichs zwecks späterer Heirat. Zuschriften: „Schnäucht 202“

Magde Schöne der Fritz Schütz, Paul Kemp sind die Akteure der neuesten, mit viel Hohn d'oeuvre, gemalten Tonfilm-Operette: „Schnäucht 212“

„Mein Schatz, ich bin in Dein Parfüm verliebt...“  
„Inszene, inszenieren bringen alles an den Tag...“  
sind die Hauptcharaktere des Films „Schnäucht 202“

Luxus-Verwöhnssin netter Wunschraum von morgen und Übermorgen wirbt durch Ragazzo zu einem reizenden Tonfilm amüsanten Irrsinn und Überraschungen

**Resi** 4.00 5.1 6.20

Wollen Sie ein Doppel Programm sehen, so müssen Sie in die Kammer geh'n!

## Leichtflinnige Jugend

mit Camilla Horn und Walter Rilla

## Der Schimmelreiter

mit Fred Thomson und Silver King

**KAMMER LICHTSPIELE**  
Telefon 4282 Anfang: 3.10, 5.45, 8.15

**Bis 6 Uhr abends**  
bleiben unsere Geschäftsräume am **Montag, 10. Oktober**  
**geschlossen!**

**HERMANN TIETZ KARLSRUHE**

**Badisches Landes-theater**  
Freitag, 7. Okt.  
8.30 (Freitagmiete)  
Th.-Gem. 901-1000

### Ballett-Abend

**Scheherazade und Tänze in bunter Folge**  
Regie: Dvorak  
Dirigent: Ebbecke

**Scheherazade**  
Langphantasie von Rimsky-Korsakoff

**Mitwirkende:**  
Bollinger, Binger, Fischer, Hoffmann, Kay, Kuhlmann, Schulte, Silberorth, Widmann, Dvorak, Holpach

1. Soli — 2. Kleiner Walzer — 3. Arabesque — 4. Holzmännchen — 5. Deutsche Tänze — 6. Scherzo — 7. Boloiwger Tänze aus „Fürstin Igor“

**Mitwirkende:** Das Ballett, die Kinderballettschule

Anfang 20 Uhr  
Ende 22 Uhr  
Preise C (0.80-4.50 A.) 1124  
Sa 8.10, 11.24  
Die Räuber. So 9.10, 11.24  
Nachmittags: Die Reigenentwässer. Ades. 11.24  
Hänsel und Gretel.

## Tannenberg

Ein dokumentarischer Tonfilm von der Schlacht bei Tannenberg

**Schlacht bei Tannenberg**  
in der nunmehr freigegebenen Originalfassung mit Hindenburg

Ein Stück Geschichte von deutscher Erde, ein Bild deutscher Not, deutscher Kampfes und deutscher Rettung, auch ein Hinweis, Rühmesblatt des deutschen Heeres

**Beginn der Vorstellungen**  
Wo. 4. 6.15, 8.30 Uhr, So. ab 4 Uhr

**GLORIA PALAST THEATER**

### Ein Idyll

in der freien Zeit ist der

## Rheinenexpress

**Nr. 34 heute neu! Preis 10 Pfennig**

Aus dem Inhalt: Bettie in Sillers Ehrenfeld — Unterricht im Totschlag — Kurswechsel in Schweden — Wie der Schließplan verraten wurde — Was in der Welt passierte — Bilder der Woche — Gandhi und die Parias — Das Kalenderjahr — Der Doktor und der Graf beim „Neuen“ — Nach dem letzten Blutgerichts Urteil der Reichsstadt Seidelsheim vom 31. März 1702 — Roman — Von der Ostsee zum Polarkreis — Volkstraßen — Im Reiche des Wahmann — Arbeit daheim — Kinderland — Duell in Bord — Giganten wühlten das Meer an.

Kaufen auch Sie diese aktuelle Wochenendzeitung in Zweifarbendruck mit vielen Bildern.

Zu haben in der **Buchhandlung Volkstreund und bei unseren Filialletern.**

### Gaggenauer Anzeigen

Verfahrenstands- und Betriebsaufnahme am 10. Oktober 1932.

In den nächsten Tagen werden die Hausstellungslisten, die Hauslisten, sowie die Betriebsblätter den Hausstellungsbevorzugten übergeben. Die Listen sind genau nach der Anleitung und nach dem Stande vom 10. Oktober 1932 anzufüllen und bis spätestens am 20. Oktober 1932 auf dem Rathaus, Zimmer Nr. 9, abzugeben.

**Instandsetzung von Wohngebäuden.**  
Aus dem 50-Millionen-Fonds des Reiches für Instandsetzungsarbeiten von Wohngebäuden erhält das Land Baden 1.665.000 RM., die an die verbandsfreien Städte und die Wohnungsverbände nach der Einwohnerzahl verteilt werden.

Aus diesen Mitteln erhalten Hausbesitzer für Instandsetzungen von Wohngebäuden einen nicht mehr rückzahlbaren Zuschuß von je 20 v. H., so daß bei einem Aufwand von 300.- RM. 60.- RM. gegeben werden kann. Die Teilung von großen Wohnungen in kleine Wohnungen wird, jedoch unter der Voraussetzung, daß die kleinen Wohnungen zweck-

mäßig und vollständig eingerichtet werden, ein Zuschuß bis zu 30% des Aufwandes gewährt.

Ein Zuschuß kommt nur in Frage für Instandsetzungen oder Umbauten, welche noch nicht ausgeführt sind und Anfang der Beschaffung des Baubauwerks dienen. Anträge der obigen Art sind an den Bürgermeister zu richten, der dieselben an den Wohnungsverband weiterleitet.

**Förderung des Obstbaues.**  
Ich erinnere nochmals an die Anpflanzung von Obstbäumen während der diesjährigen Herbstzeit.

Jeder Besitzer, welcher seine Grundstücke noch nicht zu Obstanlagen umgewandelt hat, wolle sofort an die weitere Anpflanzung gehen.

Die Obstbaumwärter geben nähere Auskunft über die Art der Anpflanzung und die notwendige Stückzahl der Bäume. Der Preis der Bäume ist dieses Jahr niedrig. Es wolle daher die Bestellungen sofort bei den Obstbaumwärtinnen treffen und kurz vorgenommen werden. 1128

Gaggenau, den 6. Oktober 1932.  
Der Bürgermeister: Schneider.

**Volksbühne Rot abholen!**

**Mietervereinigung Karlsruhe (e.V.)**  
Sprechstunden jeden Montag u. Freitag im „Kaffee Nowack“, jeden Mittwoch „Unter den Linden“ Ecke Yorkstr. u. Kaiserallee jeweils v. 6-7 Uhr.

**Tanz-Schule BRAUNAGEL**  
Nowackanlage 13, partierre - Telef. 5859  
**14. Oktober beginnt Anfertigungskurs**  
Anmeldung und Einzelunterricht jederzeit.

**Weber-Kohlenherde**  
auf Teilzahlung, Garantie für Backen und Brennen, zu verkaufen  
**G. Dürr, Wilhelmstraße 63.**

**Neue Milchner Meringe**  
eingetroffen! Stück 10 Pf.  
Nach wie vor **5% Rabatt**

**BUCHERER**  
In dem Leben